

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 274

Bernhard Vogel

10 Jahre Deutsche Einheit

Zwischenbilanz und Momentaufnahme

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

Kirche, Politik und Gesellschaft

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Familie

Schöpfungsverantwortung und Ökologie

Europa und Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61 / 8 15 96 - 0 · Fax 0 21 61 / 8 15 96 - 21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2000

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1546-9

„Wir sind ein Volk, und einig woll'n wir handeln“, so läßt Schiller seinen Wilhelm Tell sagen. Gemeinsamkeit aufzubauen – das war nach der Wiedervereinigung die große Herausforderung für die Deutschen, die sich nach mehr als 40 Jahren deutscher Teilung wieder kennenlernen mußten. Wenn es bei der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 auch um Menschen eines Volkes ging; um Menschen, die die gleichen Wurzeln haben; die dieselbe Geschichte haben, den NS-Staat gemeinsam ertragen haben, den Zweiten Weltkrieg gemeinsam verloren haben; um Menschen, die dieselbe Sprache sprechen; um Menschen, die einem Volk angehört haben und angehören wollen. So ist doch nicht zu übersehen, daß Unterschiede, manchmal auch Vorurteile zu überwinden waren. Alles war nach der friedlichen Revolution plötzlich anders. Die Menschen in „Deutschland West“ und „Deutschland Ost“ waren sich in den Jahrzehnten der gewaltsamen Trennung ein Stück fremd geworden. Sie haben trotz aller räumlichen Nähe über 40 Jahre in zwei verschiedenen Welten gelebt.

Wir mußten zunächst die Bereitschaft entwickeln, wie es Roman Herzog, der frühere Bundespräsident, 1994 zum Tag der Deutschen Einheit gesagt hat, „daß wir mehr aufeinander hören, als daß wir uns belehren. Daß wir uns wechselseitig unsere Biographien erzählen, um daraus Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu erkennen. Daß wir uns austauschen und dabei unsere Einheit finden“.

Wir haben uns in Deutschland 1989/90 über die deutsche Wiedervereinigung aus tiefstem Herzen gefreut. Die ganze Welt konnte in den Fernsehübertragungen sehen, wie tief empfunden die Freude war. Wir waren für eine Weile das glücklichste Volk der Welt. Und dennoch war die Ausgangssituation 1990 in jeder Hinsicht denkbar schwierig: menschlich, wirtschaftlich und politisch. Bronislaw Geremek, einer der Architekten des freien Polen und längere Zeit Außenminister hat eindrücklich beschrieben, vor welchen großen und schwierigen Aufgaben die Menschen in den jungen Ländern und in allen Reformstaaten der kommunistischen Welt nach der Wende standen: „Die Befreiung von der Herrschaft des Unsinn führt keineswegs direkt zu einer sinnvollen Welt.“

Das Jahr 1989 war nicht nur Ende, sondern vor allem Anfang. Mit dem Ende der kommunistischen Welt war nicht, wie manche vorschnell meinten, die Geschichte zu Ende. Sondern es wurde ein neues Kapitel der Geschichte aufgeschlagen, und wir mußten beweisen, daß wir in der Lage sind, gemeinsam im geeinten Deutschland die Probleme zu lösen, die die deutsche Teilung – nicht die deutsche Wiedervereinigung – mit sich gebracht hat.

Zwischenbilanz nach zehn Jahren deutscher Einheit

Eine „Zwischenbilanz“ nach zehn Jahren zeigt, wie weit wir bereits vorangekommen sind. Sie zeigt aber natürlich auch, wie viel noch zu tun ist. Es ist in den vergangenen zehn Jahren in den jungen Ländern Erstaunliches gelungen. Aber dennoch herrscht – ein bißchen Eigenschaft der Deutschen – bei vielen die Sorge vor, was noch zu tun ist und oft leider nicht die Freude über das, was wir gemeinsam bereits erreicht haben.

Friedrich Nietzsche – es liegt nahe in diesem Jahr an ihn zu erinnern, er ist vor 100 Jahren in Weimar gestorben – hat einmal gesagt: „Die Deutschen sind zu großen Dingen fähig, aber es ist unwahrscheinlich, daß sie sie tun.“ Die Menschen, die 1989 mutig und friedlich ihre Freiheit erkämpft haben, haben Nietzsche widerlegt. Sie haben große Dinge getan. Wir haben etwas zustande gebracht, was uns die Bewunderung der ganzen Welt eingebracht hat: Die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands. Es ist für mich keine Frage, daß ein Volk, das vom Nationalsozialismus befreit wurde, das den Weg aus den tiefsten moralischen und wirtschaftlichen Niederungen gefunden hat, daß ein Volk, in dem ein Teil der Bevölkerung zum zweiten Mal im selben Jahrhundert unter einer Diktatur gelitten und diese Diktatur friedlich abgeworfen hat, daß ein solches Volk auch in der Lage ist, die jetzt vor ihm liegenden Aufgaben zu lösen.

Joachim Gauck hatte Recht, als er zum zehnten Jahrestag des Mauerfalls gesagt hat: „Die Menschen dieser Nation haben sich gegenseitig beschenkt.“ Die Ostdeutschen, weil sie uns das historische Geschenk einer friedlichen Revolution gemacht haben. Die Westdeutschen, weil sie ihre Erfahrungen aus 40 Jahren Freiheit und Demokratie in das wiedervereinigte Deutschland mit eingebracht haben. Auch, weil sie zu großzügiger Hilfe bereit waren: personell und materiell. Nie gab es wohl in der Welt eine größere Hilfsaktion eines Teiles des Volkes für einen anderen Teil.

Probleme mit der inneren Einheit in Deutschland?

Es ist wohl typisch deutsch, daß sich heute die Freude über das Erreichte in Grenzen zu halten scheint. Wenn über den Stand der „inneren Einheit“ in Deutschland gesprochen wird, dann hört man nicht selten die Auffassung, wir seien uns noch immer fremd.

Wer heute von Problemen mit der „inneren Einheit“ oder törichterweise von der „Mauer in den Köpfen“ spricht, der sollte sich verdeutlichen: Innerhalb Deutschlands hat es stets Unterschiede gegeben, in der Mentalität, aber auch in materieller Hinsicht. In Ostfriesland beispielsweise liegt der Lebensstandard weit unter dem Niveau des Großraumes von Stuttgart. Und es macht heute, zehn Jahre nach dem Fall der Mauer, keinen Sinn mehr, ständig von „Ossis“ und „Wessis“ zu sprechen. Niemand spricht schließlich von „Nordis“ und „Südis“.

Zudem überdeckt das Gerede von „Ossis“ und „Wessis“, daß sich die Menschen in Thüringen längst zunächst als Thüringer und die Menschen in Sachsen zunächst als Sachsen, dann als Deutsche und erst danach als „Ossis“ empfinden. Wir sollten den Bürgerinnen und Bürgern in den jungen Ländern erlauben, von Jahr zu Jahr mehr ihr eigenes „Landesprofil“ zu entwickeln. Genauso, wie man das den „alten“ Ländern, den Bayern oder den Baden-Württembergern, den Nordrhein-Westfalen oder den Schleswig-Holsteinern auch zugesteht. Es ist sicher richtig, daß immer noch längst nicht alle Westdeutschen inzwischen Ostdeutschland besucht haben. Aber es ist sicher ebenso richtig, daß sehr viel mehr Bayern inzwischen in Thüringen waren als Baden-Württemberger je in Schleswig-Holstein.

Die Situation der Wirtschaft zehn Jahre nach der Wiedervereinigung

Eine Studie des Berlin-Brandenburger „Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums“ zeigt, daß das Klischee des „Jammerossis“ unsinnig ist. Haben im Jahr 1990 nur 33 Prozent der Ostdeutschen ihre wirtschaftlichen Verhältnisse als gut bewertet, so sind es im Jahr 2000 bereits rund 60 Prozent, die mit ihren wirtschaftlichen Verhältnissen mehr als zufrieden sind. Ein Zeichen dafür, wie weit wir in den vergangenen zehn Jahren vorangekommen sind und wie sehr sich auch die Wirtschaftslage verbessert hat.

Europa beginnt aufzuholen. Unter den elf Euroländern hat der Aufschwung in Deutschland sehr spät eingesetzt. Und er ist bisher vor allem auf die alten Länder beschränkt geblieben. Für Deutschland wie für ganz Europa gilt nach wie vor: Nur mit entschlossenen Reformen unseres Steuer- und Sozialsystems können wir dauerhaft den Anschluß gewinnen.

Trotz aller berechtigten Kritik an der Steuerreform – wir hätten eine bessere Reform verdient: Zweifelsfrei ist sie ein Schritt in die richtige

Richtung, auch wenn sie unzureichend bleibt und sehr spät kommt. Die Reform muß weitergehen. Das ist das wichtigste politische Ziel für die nächsten Jahre. Und wir brauchen neben der Steuerreform eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die die Zukunft sichert, ohne die Gegenwart zu lähmen. Wir brauchen mehr Freiräume und wir sind hoffentlich bei der Rente auf einem Weg, einen notwendigen Konsens zwischen den zwei großen Parteien zu finden und damit eine langfristige Rentenreform zu sichern.

Als Repräsentant eines jungen Landes weiß ich, daß noch einige Jahre wirtschaftliche Hilfe für uns erforderlich ist. Wir haben noch großen Nachholbedarf, vor allem in der Infrastruktur, insbesondere beim Ausbau unserer Verkehrswege. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor unser Hauptproblem. Sie ist vielerorts mehr als doppelt so hoch wie im Schnitt der alten Länder.

Doch das schwierigste Stück des Weges zur inneren Einheit haben wir – nach meiner Überzeugung – auch wirtschaftlich geschafft. In vielen Fällen gehen inzwischen von den jungen Ländern Impulse für ganz Deutschland aus. Vor allem von den jungen Menschen, den Hochschulen, den Forschungseinrichtungen, von jungen Unternehmen der New Economy. Denn die „New Economy“ ist in Deutschland vielfach auch eine „New Länder Economy“.

Entscheidend sind die Menschen; entscheidend sind Unternehmergeist, Erfindungsreichtum, Experimentierfreudigkeit und der Wille, gute Ideen in die Tat umzusetzen. Hier liegen die jungen Länder in Deutschland vorn. „Jung“ – das bedeutet auch: mit Mut zu Neuem, mit Gründermut. Wir haben trotz aller Schwierigkeiten am Anfang manche Verkrustung der alten Bundesrepublik gar nicht erst übernommen. Während es an einigen Universitäten im Westen lange Zeit geradezu als anrühlich galt, direkt nach dem Universitätsabschluß oder gar davor ein Unternehmen zu gründen, sehen wir das besonders bei uns in Thüringen völlig unverkrampft. Das deutsche Silicon Valley liegt im Osten, es liegt in Jena.

Thüringen als Beispiel für eine gute Wirtschaftsentwicklung

In den zehn Jahren seit der Wiedervereinigung hat sich beispielsweise in Thüringen ein spannender, schwieriger, mühsamer, aber letzten Endes erfolgreicher Prozeß vollzogen.

Wir haben uns zu einem Land entwickelt, das es schneller als andere geschafft hat, die Folgen der Zwangswirtschaft zu überwinden. Dafür

stehen erfolgreiche Unternehmen, die sich in Thüringen angesiedelt haben und in alle Welt exportieren.

Wir haben schöpferische Potenziale entwickelt. Die meisten Patente in den jungen Ländern kommen aus Thüringen.

Wir haben uns zu einem Land mit vielfältigen kulturellen Angeboten entwickelt. Der Freistaat Thüringen besitzt zehn Jahre nach der Einheit große Ausstrahlungskraft. Am deutlichsten hat das vielleicht der frühere französische Staatspräsident Mitterand formuliert, der nach einem Besuch über das Land des Weimarer Geheimrats Johann Wolfgang von Goethe sagte: „... und dann stand ich (...) in Weimar an den Pulten des Schöpfers und des Meisters der deutschen Sprache: da war ich endlich in Deutschland“.

Das Beispiel Thüringen zeigt: Es gibt blühende Landschaften in den jungen Ländern. Aber es zeigt auch: Zehn Jahre sind nicht genug, um alle verheerenden Folgen von Sozialismus und Teilung zu überwinden. Wir machen noch immer einen tiefgreifenden Strukturwandel durch. Drei von vier Beschäftigten haben heute nicht mehr den Arbeitsplatz, den sie zur Zeit der Wende hatten. Dieser notwendige und auch schmerzhaft Umbau ist bis heute mit vielen Sorgen verbunden. Und es ist keine Frage: Die Arbeitslosigkeit bleibt unser größtes Problem. In ganz Deutschland waren es im September 2000 9,0 Prozent. In den westlichen Ländern 7,2 Prozent. In den jungen Ländern 16,6 Prozent. In Thüringen haben wir eine Arbeitslosigkeit von 14,4 Prozent.

Aber: Der Wandel bringt nicht nur große Probleme, er birgt auch große Chancen. Weil Zeiten des Umbruchs auch stets Zeiten des Aufbruchs sind. Und damit solche Phasen des Übergangs nicht zu Phasen des Niedergangs werden, muß man sich darüber klar sein, was das Wesentliche unserer Epoche ist und was die Zeit verlangt.

Immer wieder werden in Deutschland Debatten darüber geführt, wie lange noch Hilfe für die jungen Länder geleistet werden müsse, wie lange noch Geld für eine Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastruktur in die neuen Länder fließen muß. Dabei wird nicht immer bedacht: Jede Mark, die an privaten oder öffentlichen Mitteln in die jungen Länder investiert wird, ist zugleich auch ein Beitrag zur Modernisierung und zur Zukunftssicherung in ganz Deutschland.

In den jungen Ländern vollzieht sich nicht nur das berechnete Bemühen, in den Lebensverhältnissen und im Lebensstandard mit den alten Ländern gleichzuziehen. Es ist auch wichtig, die Chance zur Erneuerung zu begreifen. Damit ist eine technische, eine ökonomische, eine ökologische, aber letztlich auch eine moralische Erneuerung gemeint. Es geht

nicht nur um den Aufbau in den jungen Ländern, sondern es geht um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Ohne Zweifel: von den jungen Ländern geht gegenwärtig ein deutlicher Modernitätsschub für ganz Deutschland aus.

Erfolge beim Aufbau des Bildungswesens

Dieser Modernitätsschub ist vor allem beim Aufbau des Bildungswesens greifbar. Gerade auf diesem Gebiet setzen wir insbesondere im Freistaat Thüringen und in Sachsen Akzente, die für die ganze Bundesrepublik von Bedeutung sind. Dabei sind wir bewußt neue Wege gegangen und haben die Chance genutzt, Verkrustungen und Gewohnheiten zu überdenken, die in den alten Ländern zum Teil nicht einmal hinterfragt wurden. Wir haben in Thüringen Jürgen Mittelstraß widerlegt, der 1993 zum Bildungsstandort Deutschland geäußert hat: „Am Ende werden wir im Osten nur den Westen wiederfinden – mit seiner Stärke, sprich Wissenschaftsfreiheit, und mit seiner Schwäche, sprich Reformunfähigkeit.“

Unsere Reformfähigkeit haben wir unter Beweis gestellt: Nicht zuletzt mit der Möglichkeit, nach der 12. Klasse das Abitur abzulegen. Ein wichtiger Impuls in einer Zeit, in der die jungen Menschen in Deutschland im europäischen Vergleich erst überdurchschnittlich spät das Berufsleben beginnen.

Wir haben in Thüringen erkannt, wie wichtig die Nutzung von Multimediaeinrichtungen an unseren Schulen ist. Bei den „Multimedia-Investitionen“ der Länder hat der Freistaat im Zeitraum 1996 bis 1999 den vierten Platz hinter Hamburg, Baden-Württemberg und Berlin belegt. Rund 11.300 DM haben wir pro Schule in diesem Bereich investiert. Investitionen, die sich lohnen. Weil wir uns nicht darauf verlassen dürfen, daß wir den Mangel an Informatik-Experten mit Hilfe der „Green-Card“ bewältigen können.

Die Diskussion um Fachleute, die aus dem Ausland zu uns kommen, offenbart vor allem eines: Daß wir in unserem Bildungssystem die Prioritäten neu ordnen müssen, daß wir unser Bildungssystem zukunftsfähiger gestalten müssen. Und daß wir auch dazu in der Lage sein müssen, die Fachkräfte, die wir gerade für die Zukunftsmärkte benötigen, selbst auszubilden. Einen Ansatz, den wir nicht nur in unseren Schulen und Berufsschulen, sondern auch an unserer Berufsakademie verfolgen.

Das gilt aber auch für die Universitäten in den jungen Ländern: Wenn gleich viele Wünsche noch nicht erfüllt sind, so ist doch Beeindruckendes erreicht worden. Die meisten der 62 Hochschulen in den jungen

Ländern brauchen keinen Vergleich mehr mit den Universitäten und Hochschulen der alten Länder zu scheuen.

Das Bildungssystem im Osten unseres Landes mußte nach der Wende von den Lasten der Ideologisierung befreit werden. Neue juristische und volkswirtschaftliche Fakultäten mußten gegründet werden. Die Relation aber zwischen Lehrenden und Lernenden, die Beziehungen zwischen den Professoren und den Studenten sind besser und enger. In diesem Punkt können die alten Länder etwas von uns lernen. Nicht ohne Grund kommt inzwischen beispielsweise rund ein Drittel der Studenten an der Bauhaus-Universität Weimar aus dem Westen.

Der gute Ruf, den die Hochschulen in den jungen Ländern haben, kommt nicht von ungefähr. Der Mut zu Reformen, die Bereitschaft, Studiengänge interdisziplinär und berufsorientiert zu gestalten, ist hier wesentlich ausgeprägter. Wir sind beispielsweise in Thüringen mit der Aufnahme einer Experimentierklausel in das Hochschulgesetz neue Wege gegangen. Und wir haben eine Hochschullandschaft aufgebaut, die von einer deutlichen Profilierung geprägt ist.

Wir haben in Erfurt eine Universität wiedergegründet, die ein neues Konzept verfolgt. Eine Universität mit einem geisteswissenschaftlichen Schwerpunkt und einem weit überdurchschnittlichen Ausmaß an Interdisziplinarität und Internationalität.

Für die Profilierung der Universitäten im Freistaat gibt aber auch die Technische Universität Ilmenau ein Beispiel. Sie hat in den vergangenen Jahren bei Qualitätsüberprüfungen mehrfach den ersten Platz unter den technischen Universitäten in Deutschland belegt.

Nicht zuletzt steht die Universität Jena für die Zukunftsfähigkeit des Freistaates. Überdurchschnittlich viele Studentinnen und Studenten gründen hier direkt oder schon während ihres Hochschulstudiums eine eigene Existenz.

Unsere Erfolge beim Aufbau im Bildungswesen, aber auch beim gesamten Aufbau Ost sind vor allem das Resultat des Fleißes und des Aufbauwillens der Menschen in den jungen Ländern. Sie sind aber selbstverständlich auch Folge des größten Finanztransfers, den es je gegeben hat.

Die gemeinsam erarbeiteten Erfolge schaffen Gemeinsamkeit. Diese Gemeinsamkeit müssen wir in Ost und West noch weiter in allen Bereichen des alltäglichen Lebens verdichten und vertiefen.

Die Rolle der PDS im deutschen Parteiensystem

Das ist eine Aufgabe, die auch die Parteien vor neue Herausforderungen stellt. Denn es gibt leider auch Parteien, die eben nicht in erster Linie auf das Verbindende setzen, sondern auf das Trennende; die Unterschiede um ihres eigenen Erfolges willen konservieren wollen. Gemeint ist in erster Linie die Nachfolgepartei der SED, die PDS.

Und leider erliegt auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands immer wieder der Versuchung, mit dieser PDS zusammenzuarbeiten und sie dadurch aufzuwerten, wenn sich die Möglichkeit dafür bietet – beispielsweise in der Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, oder in der Duldung einer Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt.

Es hat mich sehr betroffen gemacht, daß die PDS bei der letzten Landtagswahl in Thüringen am 12. September 1999 mehr Stimmen gewann als die SPD. Demokraten sollten sich nicht darüber freuen, wenn eine traditionsreiche demokratische Volkspartei wie die SPD bei Landtagswahlen den zweiten Platz an eine sozialistische Partei, die dem Kommunismus nicht abgeschworen hat, an die PDS verliert.

Ob diese PDS dauerhaft überleben wird, ist fraglich: Ihre Mitgliedschaft ist überaltert, sie rekrutiert sich nach wie vor hauptsächlich aus alten Mitgliedern und Funktionären der SED. In diesem Jahr hat der Reformflügel der PDS auf einem Parteitag eine Niederlage erlitten. Es ist unklar, ob sich die Partei davon auf Dauer erholen wird. Ich bin der Überzeugung, daß eine dauerhafte Existenz der PDS davon abhängt, ob es ihr gelingt, auch im Westen Fuß zu fassen. Dafür fehlen bisher die Voraussetzungen.

Die Situation der Kirchen im vereinten Deutschland

Wenn wir die vor uns liegenden Probleme lösen wollen, die aus der Teilung Deutschlands resultieren, dann brauchen wir dabei natürlich auch die Begleitung der Kirchen.

Leider ist festzustellen: Die Zahl der Christen in den jungen Ländern nimmt noch immer ab, wenn es auch einige hoffnungsvolle Zeichen gibt: Zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung ist nicht mehr die bewußte Abkehr von der Kirche, sondern die demographische Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland dafür verantwortlich, daß die Zahlen rückläufig sind. Die Situation bleibt jedoch besorgniserregend. Rund 65 Prozent der Bevölkerung in den jungen Ländern gehört keiner christlichen Kirche an.

Gerade für Politiker, die sich im Christentum verwurzelt fühlen, aber eben auch für die Kirchen selber darf das indes kein Grund zu Fatalismus sein. Kardinal Volk, der frühere Mainzer Bischof, hat einmal die Sache auf den Punkt gebracht, indem er sagte, was Christsein bedeutet: „Nicht klagen – handeln“, so lautet die Devise. Und: „Für uns Christen“, so Kardinal Volk, „gibt es keine trostlose Situation, auch in unserer Zeit nicht.“

Dieses Wort beschreibt auch die Situation der Kirchen in den jungen Ländern: Die Kirchen ziehen sich nicht zurück. Wie häufig, wenn Christen in der Diaspora leben, setzen gerade hier die Kirchen durch eine lebendige Gemeindearbeit und durch eine intensive Verbundenheit untereinander besondere Akzente.

Wir brauchen das Wort und den Rat der Kirchen in den jungen Ländern. Auch da, wo die Kirchen an Boden verloren haben oder zum Teil noch verlieren, beeinflussen sie natürlich das Wertgefüge. Die Autorität der Kirchen geht weit über ihre eigene Anhängerschaft hinaus. Viele Menschen in den jungen Ländern hören auf das Wort der Bischöfe – ohne es zugleich als ihr Wort zu empfinden.

Daß viele nicht kirchlich gebundene Regimegegner zusammen mit der Kirche in der Wendezeit gegen die SED-Herrschaft gekämpft haben – das zeigt deutlich, welche Bedeutung den Kirchen und ihrem Wort auch von den Menschen in den jungen Ländern beigemessen wird, die ihnen nicht nahe stehen.

Wir brauchen die Kirchen, wir brauchen die Aufforderung zur Toleranz, zur Nächstenliebe, zum Miteinander und zum gegenseitigen Verstehen gerade dann besonders, wenn Gewalt und politischer Extremismus die Freiheit bedrohen.

Entschlossenes Eintreten gegen die Feinde der Freiheit

In den letzten Monaten haben rechtsextremistische Gewalttaten in Deutschland und natürlich auch im Ausland Aufsehen erregt. Daß es solche Gewalttaten gibt, ist erschreckend und empörend. Und es darf nicht mit dem Hinweis auf ähnliche oder schlimmere Vorgänge in anderen Ländern Europas abgetan werden.

Ich teile die Besorgnis vieler Menschen in Deutschland und im Ausland. Der Rechtsradikalismus erfordert natürlich das entschlossene Engagement aller Demokraten.

Wir haben trotz aller Besorgnis über die beschämenden Vorgänge keinen Grund, unser Selbstbewußtsein zu verlieren. Gerade die Menschen

in den jungen Ländern der Bundesrepublik haben vor zehn Jahren etwas Großes vollbracht. Etwas, das mehr aussagt über die Verbreitung demokratischen Bewußtseins und die Achtung von Freiheit und Menschenrechten als vieles andere: Den Fall der Mauer in Berlin und quer durch Deutschland. Das Ende des Kommunismus, nicht nur in der DDR, sondern in ganz Osteuropa.

Es waren die Menschen in der ehemaligen DDR, die friedlich und mutig eine Diktatur überwunden haben, die die Freiheit erstritten haben ohne Gewalt anzuwenden. Sie haben sich engagiert und kein Risiko gescheut. Sie haben alles riskiert, für Freiheit, für Pluralismus, für Demokratie und Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

Und sie haben erlebt, daß sie damit Erfolg hatten, daß sie das vermeintlich Unüberwindliche überwunden haben. Deswegen können wir mit großer Überzeugung sagen: Die Demokratie steht in Deutschland auf festen Beinen. Toleranz, Freiheit und die Geltung der Menschenrechte sind Werte, die von einer überwältigenden Mehrheit der Deutschen geteilt werden. Ich habe deshalb keinen Zweifel, daß wir mit der Herausforderung des Rechtsextremismus in Deutschland fertig werden. Wir sind ein weltoffenes Land und das Jahr 1989 beschreibt unser heutiges Bewußtsein, nicht das Jahr 1933 oder das Jahr 1938.

Zu einem entschlossenen Einsatz gegen Rechtsextremismus, gegen Intoleranz, gegen Haß und Gewalt gehört, daß überzeugte Demokraten in ihrer bedingungslosen Ablehnung jeder Form von Extremismus und Totalitarismus eines Sinnes sind und sich nicht in gegenseitiger Schuldzuweisung ergehen.

Wir müssen international zusammenarbeiten, um solche Gewalttaten zu verhindern. Im Zeitalter des Internet, des „Global Village“, wäre es fatal, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus als Erscheinungen einzelner Länder abzutun. Es wäre leichtsinnig, sie nur im nationalen Rahmen zu bekämpfen.

Worum es eigentlich geht: Wir dürfen in unseren demokratischen Gemeinwesen keine Gesinnungen bestrafen, und seien sie noch so abwegig. Aber wir müssen die Gewalt bekämpfen – jetzt, solange es Zeit ist, und nicht erst, wenn es zu spät ist! Mit allen Möglichkeiten, die uns der Rechtsstaat bietet, mit Zivilcourage. Denn für alle demokratischen Staaten gilt: Die Demokratie ist keine Veranstaltung, die man sich aus der Loge anschauen kann. Sondern die Demokratie ist die schwierigste aller Staatsformen, die fragilste, die sensibelste und die gefährdetste. Deswegen benötigt die Demokratie die Demokraten. Weimar ist nicht

gescheitert, weil es zu viele Nazis gab. Es ist gescheitert, weil es zu wenige Demokraten gab und weil sie nicht einig waren

Wir brauchen Toleranz und Offenheit auf der ganzen Welt, wenn wir die Chancen nutzen wollen, die uns moderne Informations- und Kommunikationstechniken bieten. Das Internet garantiert nicht den Weltfrieden, genauso wenig, wie es ihn bedroht. Aber es gibt uns neue Möglichkeiten, einander kennenzulernen und zu verstehen. Gerade diese Chancen sollten wir ergreifen, statt gegeneinander Vorurteile zu pflegen.

Die internationale Rolle des wiedervereinigten Deutschlands

Goethe hat vor über 170 Jahren in einem Brief an Eckermann einen Satz formuliert, der uns in seiner Aktualität und in seinem Optimismus ansprechen kann. Goethe schreibt: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde – unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun. Vor allem aber sei es eins in Liebe untereinander ... Es sei eins, daß der Deutsche Taler und Groschen im ganzen Reich gleichen Wert habe – eins, daß mein Reisekoffer durch alle 36 Staaten ungeöffnet passieren könne ... Es sei von Inland und Ausland unter deutschen Staaten überall keine Rede mehr.“

Diese Vision Goethes von einem einigen Deutschland ist vor zehn Jahren unwiderruflich Realität geworden. Das ist heute wie damals, glaube ich, ein Grund, stolz darauf zu sein. Und diese Vision gibt es heute für Europa.

Das bedeutet aber auch, daß sich die internationale Rolle Deutschlands durch die Wiedervereinigung geändert hat. Die deutsche Einheit hat eine neue Situation geschaffen. Vor allem, indem sie der entscheidende Schritt für das Ende der bipolaren Weltordnung war. Ein Zustand, der mit Kaltem Krieg und nuklearem Wettrüsten eine ständige Bedrohung dargestellt hat.

Die Veränderung der politischen Weltlage hat aber zur Folge, daß wir Deutschen eine aktivere Rolle zur Erhaltung und Bewahrung des Friedens, zur Vertiefung der politischen Zusammenarbeit in Europa und in der Welt zu spielen haben. Deutschland begreift sich selbst als Teil der westlichen Welt, als Teil einer Wertegemeinschaft, die mit allen Folgen für eine gemeinsame Philosophie in der Außen- und Sicherheitspolitik zu stehen hat. Ein Land, das seine Verantwortung in der Welt und für die Welt aktiv akzeptieren muß. Und es ist richtig, wenn anläßlich des zurückliegenden Millenium-Gipfels bei der UNO in New York auch der

Wunsch nach einer größeren Mitwirkung Deutschlands in den Vereinten Nationen deutlich geworden ist.

Wir wollen zu unserer gemeinsamen Sicherheit und zum Frieden in der Welt einen uns angemessenen Beitrag leisten. Das können wir am besten als integraler Bestandteil einer europäischen Sicherheitsordnung. Nur gemeinsam ist Europa stark und nur gemeinsam kann Europa einen wichtigen Beitrag zum Frieden und zur Stabilität in der Welt leisten.

Das wiedervereinigte Deutschland in der Europäischen Union

Deutschland ist der größte Mitgliedsstaat der Europäischen Union; Deutschland und Frankreich sind Kernländer Europas. Aber beide zusammen sind nicht groß genug, um alleine alle Probleme in Europa lösen zu können. Deshalb sind wir bereit, in bestimmten Bereichen Souveränität und Kompetenzen abzugeben, um die europäische Einheit weiter voran zu bringen. Um es klar zu sagen: Zum Weg der Europäischen Integration gibt es keine Alternativen.

In diesem Zusammenhang macht es mir Sorge, daß der Integrationsprozeß bisweilen ins Stocken gerät. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die besorgniserregend sind: Ob wir das, was im Aufbau ist, vollenden können? Ob wir Europa tatsächlich einen können hier und heute, so wie es unsere Vision ist? Und ob wir wirklich alles dafür tun, um die Einheit Europas für die Zukunft unumkehrbar zu machen?

Es geht zu langsam voran mit der Öffnung der Europäischen Union für neue Mitglieder. Wir haben den ost-, südost- und mitteleuropäischen Staaten vor zehn Jahren versprochen, daß wir sie im Europäischen Haus willkommen heißen wollen. Inzwischen schreiben wir das Jahr 2000, und noch ist kein einziges dieser Länder Mitglied in der Europäischen Union geworden. Es ist zu befürchten, daß die Menschen in diesen Ländern sich abgewiesen fühlen, daß sie sich wieder von Europa abwenden könnten. Wir dürfen nicht Anlaß für Enttäuschung sein, die in letzter Konsequenz vielleicht in einem unheilvollen neuen Nationalismus enden könnte.

Wir müssen allmählich von den Höhen der Begeisterung für das große Europa herabsteigen und uns den Fragen zuwenden, die die Erweiterung tatsächlich aufwirft. Der Frage, was ein Beitritt Polens mit 40 Millionen Einwohnern und einem Viertel der Bevölkerung in der Landwirtschaft für die gemeinsame Agrarpolitik bedeutet. Der Frage, was ein ungehinderter Wettbewerb für viele Industrien in den Beitrittsländern heißt. Und

der Frage, was Niederlassungsfreiheit und Mobilität von Arbeitskräften hier wie dort bedeuten. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Es geht zu langsam voran mit der Reform der europäischen Institutionen. Es geht mir deswegen zu langsam, weil die Aufnahme weiterer Mitglieder eine Reform der europäischen Institutionen voraussetzt.

Es gibt eine ganze Reihe von Aufgaben, die Europa leider nach wie vor nicht gemeinsam erledigt; Aufgaben, die es aber gemeinsam erledigen sollte. Der Krieg im Kosovo hat uns erneut deutlich gezeigt, wo diese Versäumnisse liegen: Vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Wir können diese Aufgaben nur lösen, wenn wir die Flexibilitätsklausel des Amsterdamer Vertragswerkes lockern und die engere Zusammenarbeit Einzelner erleichtern. Wenn die Spitzengruppe offen bleibt für jeden, der willens und in der Lage ist, sich anzuschließen. Denn in der Tat, die Zukunft Europas ist von entscheidender Bedeutung für die Weltfriedensordnung, auf die es auch in Zukunft ankommt.

Die EU wird nur aufnahmefähig für neue Mitglieder, wenn wir zu einer Kompetenzabgrenzung zwischen Brüssel und den Nationalstaaten kommen. Das Subsidiaritätsprinzip muß gelten. Die Nation und in den Nationen die Länder und Regionen dürfen nicht zu nachgeordneten, weisungsabhängigen Institutionen werden.

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung – keinen Grund zum Pessimismus

Ich möchte nichts „kleinreden“, aber bei allen Problemen, die wir in den jungen Ländern und vielleicht hier und dort auch ein wenig miteinander haben: Es gibt keinen Grund für Pessimismus. Ich bin sicher, wenn wir uns in Deutschland, in den alten wie in den jungen Ländern auf unsere Stärke besinnen und dabei nicht aus dem Auge verlieren, daß wir unsere Ziele nur gemeinsam erreichen können, dann werden wir auch die Herausforderungen bestehen, die sich uns am Anfang dieses neuen Jahrhunderts stellen. Wir haben viel zu schultern. Aber wir leben nicht in den schwierigsten, sondern in den chancenreichsten Jahren!

Wir haben eine „zweite Chance“ erhalten, wie es Fritz Stern einmal formuliert hat. Und diese zweite Chance, ich glaube, ist ein Geschenk, das uns in die Pflicht nehmen sollte.

„Notwendig ist die Sorge aller für die Freiheit“, sagt Karl Jaspers, „denn sie ist das Kostbarste, nie von selber zufallende, nicht automatisch sich erhaltende Gut. Sie kann nur bewahrt werden, wo sie zu Bewußtsein gekommen und in die Verantwortung aufgenommen ist.“

Wir sollten zehn Jahre „Deutsche Einheit“, wir sollten mehr als zehn Jahre Freiheit für die Länder Ost- und Mitteleuropas, wir sollten das Ende des Kalten Krieges vor mehr als zehn Jahren zum Anlaß nehmen, gemeinsam mehr für die Bewahrung der Freiheit zu tun und mehr Verantwortung für die weitere Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft zu übernehmen. Und wir sollten, bei allem Nachdenken und bei allen Sorgen, die Freude und die Dankbarkeit über das Erreichte nicht vergessen.

Wer hätte noch vor etwas mehr als zehn Jahren geglaubt, daß wir im Jahr 2000 einmal eine solche Bilanz ziehen können: Der 3. Oktober des Jahres 1990 war der erfreulichste Tag in der Geschichte Deutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist das Werk der Deutschen in Ost und West. Und sie ist ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa.

Zur Person des Verfassers

Dr. phil. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen.